

Günther/Michaelis/Brüser
Das Dienstunfallrecht für Bundes- und Landesbeamte

Das Dienstunfallrecht für Bundes- und Landesbeamte

von

Dr. Jörg-Michael Günther

Ministerialrat, Ministerium für Umwelt, Naturschutz
und Verkehr des Landes NRW, Düsseldorf

Prof. Dr. Lars Oliver Michaelis

Professor an der Hochschule für Polizei und Öffentliche Verwaltung NRW,
Duisburg

Jörg Brüser

Oberamtsrat, Bundesministerium der Finanzen, Berlin

2. Auflage
2024



Zitiervorschlag:
Günther/Michaelis/Brüser, Dienstunfallrecht Kapitel 1 Rn. 1

beck.de

ISBN 978 3 406 80453 3

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH,
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

*„Man soll einen Fall gut überlegen, zumal einen Dienstunfall.“
(frei nach Baltasar Gracián y Morales)*

In der Behördenpraxis kommt es leider zu – teilweise tragischen – Dienstunfällen. Mit der vorliegenden 2. Auflage dieses Buches zum Dienstunfallrecht wird unser Ansatz vertieft, das wichtige Thema unter aktueller Auswertung von Rechtsprechung und Literatur systematisch darzustellen. Wir bedanken uns für das rege Interesse der Leserinnen und Leser und die wohlwollende Aufnahme der 1. Auflage in Rechtsprechung und Literatur. Seit der ersten Auflage sind im Dienstunfallrecht unzählige Judikate ergangen und wichtige neue Impulse in der umfangreichen wissenschaftlichen (Aufsatz-)Literatur zu finden. So wurde zB stark diskutiert, ob und wann eine Infektion mit dem sog. Corona-Virus einen Dienstunfall darstellen kann. Hierdurch und durch Änderungen in den gesetzlichen Grundlagen seit der Voraufgabe (ua bei § 31 BeamtVG durch Art. 6 des Gesetzes zur Regelung des Erscheinungsbildes von Beamtinnen und Beamten sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften v. 28.6.2021 BGBl. I S. 2250, bei § 35 BeamtVG durch Art. 43 (Unfallausgleich) und Art. 58 (Aufhebung des Bundesversorgungsgesetzes zum 31.12.2023) des Gesetzes zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts v. 12.12.2019 BGBl. I S. 2652, Art. 68 f. des Gesetzes über die Entschädigung der Soldatinnen und Soldaten und zur Neuordnung des Soldatenversicherungsrechts v. 20.8.2021 BGBl. I S. 3932, Reform des Berufskrankheitenrechts im SGB VII mit Auswirkungen auf das Dienstunfallrecht durch das Siebte Gesetz zur Änderung des Vierten Buches SGB und anderer Gesetze v. 12.6.2020 BGBl. I S. 1248) wurde eine grundlegende Überarbeitung notwendig. Nach § 31 Abs. 2 S. 3 Nr. 2 BeamtVG wird im Gleichklang mit der GUV (§ 8 Abs. 2 Nr. 2a SGB VII) inzwischen zB der Wegeunfallschutz auch auf sog. Kindergartenwege erstreckt, wenn der Beamte „in seiner Wohnung Dienst leistet und Wege zurücklegt, um ein Kind (...) in fremde Obhut zu geben oder aus fremder Obhut abzuholen“. Eine solche Regelung haben zwischenzeitlich eine ganze Reihe von Bundesländern ebenfalls eingeführt. Die dienstunfallrechtliche Gleichstellung des Schutzes im Homeoffice oder bei mobiler Arbeit mit Dienst im Dienstgebäude, wie sie in der GUV bereits durch das Betriebsräte-modernisierungsgesetz (v. 14.6.2021 BGBl. I S. 1762) weiter vorangetrieben wurde, bedarf indes auch im Dienstunfallrecht weiterer Impulse.

Wir halten am bewährten Konzept fest – ausgehend von den breitgefächerten dienstlichen Erfahrungen der Autoren – praktische Beispielfälle anzuführen und Bearbeitungshinweise für Dienstunfallanträge zu geben. Hierzu zählen zB auch Formulierungshilfen für Gutachteraufträge. Im Dienstunfallrecht sind tatsächliche und rechtliche Fragen eng miteinander verzahnt. Die gerade bei Dienstunfällen wichtigen und oft entscheidenden Fragen des Beweisrechts und speziell der Beweislast werden deshalb genau in den Blick ge-

Vorwort

nommen. Es ist das Ziel der Autoren, für die Praxis auf Bundes- und Landesebene unter Konzentration auf typische Problemkreise einen verlässlichen Kompass und eine praktische Arbeitshilfe für das Dienstunfallrecht zu liefern. Eine vergleichbare monografische Darstellung fehlte zuvor. Basis ist dabei die umfangreiche Kasuistik im Dienstunfallrecht und die entsprechende „Fallgruppenrechtsprechung“. Bei der Aktualisierung der Rechtsprechungsauswertung wurde wieder deutlich, wie weit der Themenbogen bei Dienstunfällen gespannt ist. Für Regressansprüche von Behörden relevant ist ein Urteil des BGH zu Dienstunfällen von Polizisten. Trotz berufstypischer Risiken des Opfers musste der Schädiger für die kostenträchtige Traumatisierung eines Polizisten nach einer Bagatellverletzung am Daumen voll haften (BGH 8.12.2020 – VI ZR 19/20). Interessant ist zB auch ein Beschluss des OVG Bautzen zur Frage, wann Bearbeiter von Dienstunfallstellen bei unzutreffender Ablehnung der Qualifizierung eines Unfalls mit Todesfolge als qualifizierter Dienstunfall ein Verschulden trifft (OVG Bautzen 21.10.2019 – 2 A 121/19, Rn. 11). Für die Behörde war es bei der Schadensersatzfrage haftungsrechtlich entlastend, dass der Amtswalter vor der Ablehnung eine sorgfältige Sichtung und Auswertung der Rechtsprechung und dienstunfallrechtlichen Literatur vorgenommen hatte.

Im Rahmen der Neuauflage werden bisherige Themenschwerpunkte wie zB der Dienstunfallschutz im Homeoffice oder bei Virusinfektionen weiter vertieft. Neu hinzugekommen ist auch ein Kapitel zur Frage, wie sich (selten vorkommende) vorsätzliche Falschangaben in Anträgen auf Anerkennung eines Dienstunfalls strafrechtlich auswirken können. Die gesetzlichen Regelungen und zentralen Verwaltungsvorschriften werden im Zusammenhang dargestellt und entsprechend ihrer praktischen Relevanz näher betrachtet. Beispielhaft werden dabei die Dienstunfallregelungen des BeamtVG des Bundes und die dazu erlassene Verwaltungsvorschrift herangezogen (BeamtVGVwV v. 3.1.2023 GMBI 2023 Nr. 1/2 S. 28). Im jeweiligen Sachzusammenhang werden auch entsprechende Verwaltungsvorschriften der Bundesländer in der jeweils aktuellen Fassung einbezogen (vgl. zB die ab 1.1.2023 geltende Allgemeine VwV zum Thüringer Beamtenversorgungsgesetz, ThürStAnz 2023, 43). Berücksichtigt wird ferner die Sachschadenserstattungsrichtlinie des BMI vom 28.3.2019 (GMBI 2019 Nr. 17 S. 315), die im Kontext von § 32 BeamtVG relevant ist sowie die Heilverfahrensverordnung des Bundes v. 9.11.2020 (BGBl. I S. 2349 – vgl. dazu Brüser/Schultz RiA 2020, 248). Sie wurde zuletzt durch die Verordnung zur Änderung der Heilverfahrensverordnung vom 4.7.2023 geändert (BGBl. 2023 I Nr. 179 S. 1–2). Der Ansatz beruht darauf, dass die Beamtenversorgungsgesetze des Bundes und der Länder zu Dienstunfällen in weiten Teilen gleich strukturiert und textlich gleichlautend oder sehr ähnlich sind; sie werden in einer Synopse (Anhang) dargestellt. Die dienstunfallrechtlichen Regelungen der Länder werden jeweils in der Weise berücksichtigt, dass grundlegende redaktionelle und materielle Abweichungen vom Bundesrecht – soweit sie bestehen – in die Darstellung jeweils einbezogen werden. Folgerichtig wurden die Rechtsprechung und die Literatur sowohl zu Unfällen von Bundesbeamten als auch zu Unfällen von Beamten im Landes- und Kommunaldienst umfassend ausgewertet. Es finden sich auch an verschiedenen Stellen unseres Buches vergleichende Betrachtungen der Dienstunfallfürsorge

Vorwort

mit der GUV. Aus einem solchen wissenschaftlichen Blick über den Zaun können sich wechselseitige Erkenntnisse, Argumente und Anregungen für sinnvolle Rechtsentwicklungen ergeben (näher dazu Giesen, Arbeitsunfall und Dienstunfall, 2017; Leube, Arbeitsunfall und Dienstunfall – Versuch einer normativen Harmonisierung, SGB 2019, 20; s. zur unterschiedl. Rspr. der Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit bei der Beurteilung von Arbeits- und Dienstunfällen Köhler, Soziale Sicherheit in der Landwirtschaft 1/2022, 21). Den Verfassern ist generell an einem wissenschaftlichen Diskurs zum Dienstunfallrecht gelegen. Dementsprechend haben wir Fachbeiträge zum Dienstunfallrecht veröffentlicht. Ein Beitrag widmete sich den dienstunfallrechtlichen Folgen von Angriffen auf Beamte (J.-M. Günther, NVwZ 2022, 325), andere Beiträge dem (auslaufenden) Thema „Corona als Dienstunfall“ (Günther/Michaelis NWVBl. 2023, 183; J.-M. Günther ZBR 2022, 690).

Das Buch zum Dienstunfallrecht richtet sich an die Mitarbeiter in den Dienstunfallfürsorgestellen, an Rechtsanwälte, Richter, Verbandsjuristen, begutachtende Ärzte, Personalvertretungen, Gewerkschaften, Universitäten, Fachhochschulen und nicht zuletzt natürlich auch an im Dienst verunfallte Beamtinnen und Beamte selbst und/oder deren Angehörige bzw. Hinterbliebene. Die Verfasser weisen darauf hin, dass sie sich – wo es geboten erschien – nicht darauf beschränkt haben, nur fachliche Inhalte darzulegen, sondern teilweise eigene Wertungen und Kommentierungen zu Positionen der Rechtsprechung und Literatur vorgenommen haben. Im Hinblick auf ihre jeweilige dienstliche Funktion weisen die Autoren darauf hin, dass das Werk ausschließlich deren persönliche Rechtsauffassungen wiedergibt und nicht in dienstlicher Funktion erstellt wurde. Ferner möchten wir betonen, dass wir allein aus Gründen der besseren Lesbarkeit sowie zur notwendigen Verdichtung des Textes im Weiteren das generische Maskulinum verwenden, das Männer, Frauen und Personen mit anderer geschlechtlicher Identität einschließt. Die im Text durch Fettdruck hervorgehobenen Worte sollen Praktikern mit optimiertem Zeitmanagement schnellen Zugriff auf relevante Themen ermöglichen. Dem gleichen Ziel dient das detaillierte Sachverzeichnis. Rechtsprechung, Literatur, Verwaltungsvorschriften und Gesetzesänderungen wurden bis November 2023 berücksichtigt.

Frau Dr. Katja Haberzettl danken wir für das sehr hilfreiche Lektorat. Die Autoren sind für Berichtigungen, Verbesserungsvorschläge und kritische Anmerkungen dankbar. Sie erreichen uns per Post an den Verlag oder per Mail unter folgender Adresse: Larsoliver.Michaelis@hspv.nrw.de.

Leichlingen/Essen/Brieslang, im Oktober 2023

*Jörg-Michael Günther
Lars Oliver Michaelis
Jörg Brüser*

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXV
Quellennachweise aus dem Internet	XXXVII
Einleitung	1
Kapitel 1. Dienstoffall	5
I. Ursächlicher Zusammenhang	5
1. Allgemeine Grundlagen	5
2. Lehre von der rechtlich wesentlichen Ursache	7
II. Geschützte Tätigkeiten	11
1. Beamtenverhältnis	11
2. In Ausübung des Dienstes	12
a) Dienstoff	15
aa) Unfälle außerhalb des üblichen Dienstoffortes	16
bb) Heim- und Telearbeitsplätze, mobile Arbeit	18
b) Dienstzeit	24
aa) Indienstversetzung	27
bb) Dienstoff	29
c) Dienstbezug	31
d) „Im Banne des Dienstes“	42
e) Geringfügige/kurzfristige Unterbrechungen	43
3. Spezielle landesrechtliche Tatbestandsmerkmale für einen Dienstoffall („infolge des Dienstes“)	43
4. Dienstoff	45
5. Dienstliche Veranstaltungen	50
a) Behördenfeiern, Behördenausflüge, Fortbildungsveranstaltungen	50
b) Sportveranstaltungen/Betriebssportgruppen (kein Dienstoff)	54
c) Behördliches Gesundheitsmanagement (BGM)	55
6. Nebentätigkeiten	59
7. Vergeltungsangriffe	61
8. Beurlaubungszeiträume	65
III. Der Unfallbegriff	67
1. Ereignis	67
2. Plötzlichkeit	67
3. Zeitliche und örtliche Bestimmbarkeit	70
4. Äußere Einwirkung	71
5. Der Körperschaden	74
a) Allgemeines	74
b) Körpererstschaden	76
c) Diagnose	77
d) Körperschaden im Sinne der Entstehung	78
e) Körperschaden im Sinne der Verschlimmerung	79
f) Unfallfolgen	80
g) Folgeunfall nach § 31 Abs. 2 S. 4 BeamtVG	82

Inhaltsverzeichnis

h) Beschädigung eines Körperersatzstückes	82
6. Der Zusammenhang zwischen äußerer Einwirkung und Körperschaden	83
a) Gelegenheitsursachen	83
b) Innere Ursachen	89
7. Der Zusammenhang zwischen Unfall und Dienst	91
8. Tatbestandsmerkmal „Unfreiwilligkeit“?	93
9. Anspruchsausschluss bei vorsätzlich-pflichtwidriger Herbeiführung des Dienstunfalls	94
10. „Schockierende“ Dienstgespräche	96
11. Mobbing	101
12. Der Dienstunfallsschutz bei Covid-19-Infektionen (SARS-CoV-2)	102
a) Zentrale dienstunfallrechtliche Prüfungsaspekte	102
b) Covid-19-Infektion als Dienstunfall iSd § 31 Abs. 1 BeamtVG	104
aa) Äußere Einwirkung, Plötzlichkeit und Dienstbezogenheit	103
bb) Körperschaden	104
cc) Das besondere Erfordernis örtlicher und zeitlicher Bestimmbarkeit des Infektionsvorgangs	105
Kapitel 2. Der Wegeunfall	109
I. Allgemeines	109
II. Beginn und Ende des Wegeunfallsschutzes	110
1. Beginn des Wegeunfallsschutzes	110
2. Ende des Wegeunfallsschutzes	113
III. Art des Verkehrsmittels	113
IV. Zusammenhang Weg – Dienst	114
V. Wegegefahr	117
VI. Direkter Weg	118
VII. Unterbrechung des inneren Zusammenhangs	119
1. Allgemeines	119
2. Umweg	120
3. Abweg	120
4. Unterbrechung des direkten Weges	121
5. Fortsetzung des direkten Weges nach einer Unterbrechung	124
6. Endgültige Lösung vom Dienst auf Heimwegen	124
VIII. Dritter Ort	127
IX. Gesetzliche Sonderregelungen	131
1. Zweiter Wohnsitz aus dienstlichen Gründen	131
a) Unterkunft	132
b) Familienwohnung	132
2. Kindergarten- und Fahrgemeinschaftsumwege	133
a) Kindergartenumweg	133
aa) Fremde Obhut	133
bb) Zusammenhang fremde Obhut – berufliche Tätigkeit	133
cc) Kindergartenumwege bei Telearbeit, Homeoffice oder mobilem Arbeiten in der Wohnung	133
dd) Aufenthalt am Ort der fremden Obhut	135
ee) Kindergeldberechtigung	136
ff) Haushaltsaufnahme	136
b) Fahrgemeinschaftsumweg	136

Inhaltsverzeichnis

aa) Berufstätige Personen	136
bb) Gesetzlich unfallversicherte Personen	137
cc) Gemeinsame Fahrzeugnutzung	137
c) Vertretbarer Umfang	137
X. Wege zur Durchführung des unfallbedingten Heilverfahrens	137
XI. Sonderfälle	138
1. Tanken	138
2. Wiederherstellung der Betriebsfähigkeit eines Fahrzeugs	139
3. Wege nach Hause in der Mittagspause	140
4. Wege zur Pflege von Angehörigen	141
5. Verkehrsunfall und Alkohol/Drogen	141
XII. Besonderheiten in den Ländern bei Wegeunfällen	143
Kapitel 3. Berufskrankheiten	147
I. Allgemeines	147
II. Unterschied Berufskrankheit – Dienstatunfall	147
III. Enumerationsprinzip	150
IV. Weitere Voraussetzungen für einzelne Listenkrankheiten	151
V. Merkblätter	152
VI. Besondere dienstliche Gefährdung	153
VII. Erkrankung außerhalb des Dienstes	155
VIII. Rechtsprechungsüberblick	155
IX. Bystander	169
X. Zuständigkeit	170
XI. Erkrankungen im Ausland	172
XII. Untersuchungspflicht des Dienstherrn	172
XIII. Empfohlene Literatur	173
Kapitel 4. Das Heilverfahren	175
Kapitel 5. Unfallausgleich und Minderung der Erwerbsfähigkeit/ Grad der Schädigungsfolgen	179
I. Allgemeines	179
II. Minderung der Erwerbsfähigkeit	180
III. Bewertungsgrundlage der MdE	182
IV. Messblätter	182
V. Sonderfälle	185
1. MdE bei psychischen Unfallfolgen	185
2. MdE bei stationärem Aufenthalt	186
3. MdE bei Verwendung orthopädischer Hilfsmittel	187
4. MdE bei Schmerzen	187
VI. Gesamt-MdE	188
VII. MdE bei Vorschäden	189
1. Individuelle Erwerbsfähigkeit	188
2. Unfallunabhängiger Vorschaden	189

Inhaltsverzeichnis

3. Dienstunfallbedingter Vorschaden	191
4. Einheitlicher Unfallausgleich	191
VIII. Nachschaden	192
IX. Staffel-MdE	193
X. Höhe des Unfallausgleichs	194
1. Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) bis 31.12.2023	194
2. Unfallausgleich nach Aufhebung des BVG ab 1.1.2024	195
3. Anpassung des Unfallausgleichs	196
4. Schwerbeschädigtenzulage	196
XI. Neufeststellung des Unfallausgleichs	197
1. Wesentliche Änderung der Verhältnisse	197
2. Anpassung und Gewöhnung	199
3. Änderung des Vorschadens	199
XII. Nachuntersuchung	199
1. Untersuchungspflicht	199
2. Aufforderung zur (Nach-)Untersuchung	200
XIII. Das Verhältnis von § 35 Abs. 3 BeamtVG zu § 48 VwVfG	201
XIV. MdE – GdS – GdB	202
XV. Empfohlene Literatur zur MdE/GdS-Feststellung	203
XVI. Sonstiges	205
XVII. Besonderheiten in den Bundesländern	205
1. Bundesländer mit MdE	205
2. Bundesländer mit GdS	207
Kapitel 6. Der sog. qualifizierte Dienstunfall	211
I. Die erhöhte Unfallversorgung nach §§ 37 und 43 BeamtVG	211
1. Allgemeines	211
2. § 37 Abs. 1 BeamtVG – die besondere Lebensgefahr	213
a) Das Vorliegen einer objektiven Lebensgefahr	213
b) Die subjektive Komponente bei der besonderen Lebensgefahr	217
3. Dienstunfallbedingte Dienstunfähigkeit und MdE von mind. 50 vH	217
4. Fallgruppen bei § 37 Abs. 1 BeamtVG	218
a) Allgemeines	218
b) Polizei	218
aa) Polizeiliche Einsätze im Straßenverkehr	218
bb) Sonstige polizeiliche Einsätze/Polizeiausbildung	219
c) Feuerwehr	220
5. Angriffe auf Beamte, § 37 Abs. 2 BeamtVG	222
a) Allgemeine Voraussetzungen	222
b) Besondere Konstellationen	226
aa) Angriffe auf Lehrer	226
bb) Angriffe im Bereich der Justiz	227
II. Erhöhtes Ruhegehalt bei außerdienstlichen Angriffen/ Auslandsverwendungen	228
1. Erhöhtes Unfallruhegehalt bei folgenschweren Angriffen außerhalb des Dienstes (Vergeltungsangriffe)	228
2. Erhöhtes Unfallruhegehalt bei Auslandsverwendungen	229
III. Sonstige versorgungsrechtliche Folgen des qualifizierten Dienstunfalls	230

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 7. Das Melde- und Untersuchungsverfahren	233
I. Allgemeines	233
II. Meldung eines Unfalls	234
1. Wer ist meldepflichtig?	234
2. Form und Inhalt der Meldung	235
3. Dienstvorgesetzter	236
III. Fristen	237
1. Frist nach § 45 Abs. 1 BeamtVG	237
2. Frist nach § 45 Abs. 2 BeamtVG	237
a) Zehnjahresfrist	237
b) Dreimonatsfrist	239
3. Fristenberechnung	240
4. Erstmalige Diagnose eines Körperschadens nach Ablauf der Zweijahresfrist	241
5. Hinzutreten weiterer Körperschäden nach anerkanntem Dienstunfall ..	242
6. Veränderung bereits anerkannter Körperschäden/Unfallfolgen	244
7. Fristen bei Krankheiten	245
a) Berufskrankheiten	245
b) Infektionskrankheiten	245
IV. Beginn der Leistungen	247
V. Unbegrenztetes Heilverfahren	247
VI. Unfalluntersuchung	248
1. Untersuchungspflicht des Dienstvorgesetzten	248
2. Sinn und Zweck der Untersuchungspflicht	248
3. Unverzügliche Unfalluntersuchung	250
4. Inhalt des Untersuchungsberichts	250
VII. Entscheidung über einen Dienstunfall	251
VIII. Bekanntgabe	251
IX. Bindungswirkung der Entscheidung	252
X. Mitwirkungspflichten	253
XI. Kosten	254
XII. Ausnahme Sachschadensersatz	255
XIII. Dienstunfall während der Schwangerschaft	255
Kapitel 8. Begutachtung	257
I. Allgemeines	257
II. Auswahl des Gutachters	258
III. Aufgabe/Rolle des Gutachters	262
IV. Gutachtenaufbau	265
V. Leitlinien	267
VI. Gutachtenauftrag	267
1. Allgemeines	267
2. Vergütung des Gutachters	269
3. Formulierungshilfen für Fragestellungen bei einem Gutachtenauftrag	269
VII. Gutachtenauswertung	271

Inhaltsverzeichnis

VIII. Zuständigkeiten zu Entscheidungen über das Unfallruhegehalt	273
IX. Psychiatrische Gutachten	274
X. Urheberrecht	276
Kapitel 9. Die Beweisgrundsätze im Dienstunfallrecht	277
I. Geltung der allgemeinen Beweislastgrundsätze	277
1. Beweislast des Beamten bzw. Hinterbliebener	277
2. Beweislast bei der Dienstunfallfürsorgestelle	280
II. Praktische Beweisfragen und Probleme	282
Kapitel 10. Sachschadensersatz	285
I. Allgemeines	285
II. Die Anspruchsvoraussetzungen für Sachschadensersatz innerhalb der Dienstunfallfürsorge	288
1. Die Antragsfrist	288
2. Erfasste Gegenstände	289
3. Die weiteren Tatbestandsmerkmale des § 32 S. 1 BeamtVG	292
III. Die Festlegung der Höhe von Ersatzleistungen des Dienstherrn	293
1. Allgemeine Grundlagen	293
2. Die Grundlagen für den Ersatz von Sachschäden an Kraftfahrzeugen ..	294
a) Wegeunfälle	294
b) Unfälle bei Einsatz privater Fahrzeuge für den Dienstherrn (Dienstreisen)	295
IV. Sachschadensersatz außerhalb der Dienstunfallfürsorge/Erste-Hilfe- Leistungen	296
1. Die Sachschadensersatzrichtlinie (SachschERL) des Bundes vom 28.3.2019	296
2. Die beamtenrechtlichen Regelungen zum Sachschadensersatz in den Bundesländern	296
3. Erste Hilfe-Leistungen	297
Kapitel 11. Dienstunfallschutz für Personalräte, Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen und Gleichstellungsbeauftragte	299
I. Dienstunfallschutz für Personalräte	299
II. Dienstunfallschutz für Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen	301
III. Gleichstellungsbeauftragte	301
Kapitel 12. Sonderfragen (Steuern und Haftung, Schmerzensgeld, Strafrecht)	303
I. Die steuerrechtliche Behandlung des erhöhten Unfallruhegehalts und der einmaligen Unfallentschädigungen bzw. einmaliger Entschädigungen (§ 43 BeamtVG)	303
II. Die Geltendmachung von Forderungen gegen dienstunfallverursachende Schädiger	303

Inhaltsverzeichnis

III. Schmerzensgeldansprüche verunfallter Beamter/ersatzweise Zahlungsansprüche gegen den Dienstherrn	306
IV. Die Begrenzung von Unfallfürsorgeansprüchen/Auswirkungen von Dienstherrnwechseln	308
V. Die Wahrheitspflichten von Beamten bei Dienstunfallanträgen	310
Anhang: Paragrafenspiegel Beamtenversorgungsgesetze Bund/Länder	313
Sachverzeichnis	315